



Lesen Sie mehr über die Probleme, mit denen sich die Feuerwehren im Land herumschlagen müssen.



Erfahrene Bundespolizisten bestätigten das, wovon die nationale Opposition bereits seit Jahren gewarnt hat.



Lesen Sie, warum es dringend geboten ist, die „10H-Regelung“ als Mindestabstand umzusetzen!

DER

AUSGABE 19

ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



Während der 95. Sitzung des Landtages am 4. Juni diesen Jahres machte der NPD-Abgeordnete Michael Andrejewski die etablierten Politiker auf ein Problem aufmerksam, von dem sie in ihrer üblichen Abgehobenheit noch gar nichts gewusst haben dürften.

Nach dem Willen des Job-Centers Vorpommern-Greifswald Nord sollen Bürger, die Hartz-IV bekommen, erst einmal ihre Häuser verkaufen, bevor ihnen wieder Leistungen zugesprochen werden.

Wenn die Hausgrundstücke größer als 500 Quadratmeter im städtischen oder 800 Quadratmeter im ländlichen Raum sind und ihr Wert das sogenannte „Schonvermögen“ der Leute übertrifft, gelten sie als „unangemessenes und nicht geschütztes Eigentum“. Wegen „Reichtums“ gelten die Betroffenen als nicht mehr bedürftig.

Es wird ihnen noch nicht einmal die Chance gegeben, den „unangemessenen“ Teil ihrer

Grundstücke abzutrennen und zu veräußern, weil das Job-Center die erheblichen Gebühren, die das Katasteramt für eine Grundstücksteilung und Vermessung fordert, nicht übernimmt.

Andrejewski trug in seiner Rede einen Originalsatz aus einem Bescheid vor: „So lange eine Teilung nicht vorliegt, ist das Hausgrundstück in seiner Gesamtheit zu beurteilen.“ Die Teilung – selbst bei kleineren Flächen mehrere tausend Euro teuer – kann sich natürlich kaum ein Erwerbsloser leisten, sodass das ganze Hausgrundstück veräußert werden muss.

Nach Auffassung des Job-Centers ist ein solcher faktischer Zwangsverkauf auch

keine besondere Härte. Man stelle sich eine pommersche Familie vor, die seit Jahrzehnten in ihrem Haus lebt.

Mehrere Generationen sind dort geboren. Die Großeltern oder gar die Urgroßeltern haben es erbaut. Ihnen zuzumuten, das alles aufzugeben, stellt für den BRD-Staat, der Asylanten jeden Wunsch von den Augen abliest, keine besondere Härte dar.

Selbst ein Verlassen des Heimatortes ist, so die Obrigkeit, zumutbar. Ein weiterer Originalsatz aus einem Bescheid: „Der Eigentümer ist ebenso wenig wie der Mieter davor geschützt, dass sich wegen unangemessenen hoher Unterkunftskosten die Notwendig-

keit eines Wohnungswechsels ergeben kann“. Im Klartext: Wenn der – deutsche – Bürger das „unangemessene“ Hausgrundstück tatsächlich verkauft hat und daraufhin in seinem Dorf keine Wohnung findet, muss er halt gehen.

Das ist Vertreibung. So werden Dörfer leer geräumt und das Dorfsterben beschleunigt.

Es kann aber auch sein, dass man die Häuser für Asylanten braucht. Für die einen Willkommenskultur, für die anderen Willkür und Unmenschlichkeit. Noch deutlicher kann der deutschfeindliche Charakter der herrschenden Politik kaum zum Ausdruck gebracht werden.



ASYLBEWERBER: TÄUSCHT DIE POLITIK DAS VOLK?

Die Zahlen zur Entwicklung des Zustroms von Asylbewerbern werden per Salami-taktik im Monatsrhythmus nach oben angepasst und dem staunenden Publikum gut dosiert vermittelt. Das Flüchtlings-Barometer bewegt sich in Richtung Millionengrenze. 800.000 lautete die Zahl Mitte August, inoffiziell nennt man auf Bundesebene bereits die Zahl eine Million „Flüchtlinge“ für 2015. Mecklenburg-Vorpommern werden allein in 2015 mindestens 15.000 bis 20.000 Asylanten „bereichern“. Die Bürger und Kommunen sind bereits jetzt über Gebühr belastet und werden mit unlösbaren Problemen alleine gelassen.

Die Stimmung im Volk kippt trotz Erziehungsmedien, zumindest für den massenhaften Zustrom vom Balkan und aus Afrika hat der Normalbürger im Lande keinerlei Verständnis mehr. Die Politik täte sehr gut daran, zwischen Kriegsflüchtlingen und Armutsflüchtlingen zu unterscheiden, die einen zeitlich begrenzt unterzubringen und die anderen gar nicht erst ins Land zu lassen. Es beschleicht einen das Gefühl, hier werden bewusst zu niedrige Zahlen veröffentlicht, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten.

Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die propagierte Willkommenskultur wird sich angesichts der tatsächlichen Zahlenverhältnisse über kurz oder lang wohl in Luft auflösen.



QR-Code einscannen und einen Filmbeitrag zum Thema ansehen.

FEUERWEHR IN NÖTEN

Veraltetes Material, nicht einsatzbereite Technik und sinkende Mitgliederzahlen sind nur einige Probleme, mit denen sich die Feuerwehren in Mecklenburg und Pommern herumschlagen müssen. Hinzu kommt eine Regierung, die lieber wegschaut als zu handeln und damit die Probleme noch verschlimmert. Doch es droht noch weiteres Ungemach: in naher Zukunft wird es nur noch sehr wenige Kameraden geben, die aufgrund ihrer Fahrerlaubnis dazu berechtigt sind, Fahrzeuge über 7,5 Tonnen zu führen. Dazu zählen beispielsweise große Lösch- und Drehleiterfahrzeuge.

Gerade die jungen Feuerwehrmitglieder besitzen immer seltener den notwendigen LKW-Führerschein und die dazu notwendige Ausbildung kostet pro Person über 3.000 Euro. Diese Kosten sind weder für die Kommunen, noch für die Feuerwehr oder gar die Kameraden selbst tragbar.

Daher forderte Tino Müller für die NPD-Fraktion bereits im Februar 2014, dass sich das Land an diesen Kosten beteiligen solle. Der Vorstoß wurde – wie so oft – von den selbsternannten Demokraten trotz dringenden Handlungsbedarfs abgelehnt. Selbst im Angesicht gesellschaftlich brisanter Themen halten die Blockdemokraten von CDU/SPD/Linke/Grüne an ihrem starrsinnigen „Schweriner Weg“ fest und ris-

kieren dabei sogar Einschnitte in der öffentlichen Sicherheit. Die Feuerwehren lassen sie sehenden Auges ins Verderben laufen.

Im Gegensatz dazu setzt sich die oppositionelle NPD-Fraktion im Schweriner Schloss seit Jahr und Tag für eine bessere Unterstützung der Feuerwehren ein. Ein Antrag aus dem Jahr 2011 beinhaltete zum Beispiel die Schaffung einer individuellen Altersversorgung für ehrenamtlich tätige Kameraden. Mit dieser Zusatzrente würden die Männer und Frauen, die sich in unzähligen Einsätzen für das Gemeinwohl engagiert und mitunter sogar ihr Leben eingesetzt haben, auch finanziell honoriert werden.

Ebenso ist es aus Sicht der NPD dringend erforderlich, endlich einen wahrheitsgetreuen Überblick über die Mitgliederzahlen und den Stand der Technik bei den Feuerwehren im Land zu erstellen. Nur so kann auf weiter schwindende Mitgliederzahlen reagiert und

den bedrohlichen Entwicklungen gezielt entgegengewirkt werden.

Schließlich nimmt auch die Einsatzhäufigkeit von Feuerwehren, Rettungsdiensten und Polizei in den Asylbewerberheimen allmählich erschreckende Züge an. Seit dem vergangenen Jahr ist die Anzahl der Fehlalarme massiv angestiegen. Doch diese unnötigen Einsätze stellen nicht nur eine zusätzliche Belastung dar, sondern es ist auch schon dazu gekommen, dass Rettungskräfte von Asylanten bespuckt und körperlich angegriffen wurden. Die Kosten fallen dem Steuerzahler zur Last, die psychischen Folgen tragen die Kameraden der Feuerwehren selbst.

Die NPD-Fraktion wird sich auch weiterhin mit voller Kraft dafür einsetzen, dass die Feuerwehren in unserer Heimat nicht nur die größtmögliche Unterstützung erhalten, sondern dass auch das ehrenamtliche Engagement ausreichend gewürdigt wird.

Mitgliederentwicklung der Freiwilligen Feuerwehren im Land		
JAH	MITGLIEDER	MITGLIEDER JUGENDFEUERWEHR
2008	28.070	6.450
2009	27.890	6.916
2010	27.557	6.883
2011	26.388	7.339
2012	26.352	6879
2013	25.638	7329

Lügenpresse auf dem Vormarsch!



Eines gleich vorweg: Jede Straftat gegen das Wohl und die Gesundheit eines Menschen oder gegen seinen persönlichen Besitz ist eine Straftat zu viel. Doch genau aus diesem Grund ist es nicht akzeptabel, wenn in der offiziellen Berichterstattung gleiche Straftaten unterschiedlich gewichtet werden. Denn vor allem, wenn Täter und Opfer unterschiedliche Nationalitäten haben, entscheidet die weitere Konstellation über Randnotiz und Titelseite. Nur durch Anfragen der NPD-Fraktion an die Landesregierung wurden folgende Sachverhalte der Öffentlichkeit bekannt:

Beispiel 1: In Ferdinandshof (Landkreis Vorpommern-Greifswald) wurde im Juli eine 73-jährige Seniorin am helllichten Tag brutal überfallen und ausgeraubt. Dem Nordkurier war dieser Vorfall lediglich ein paar Zeilen wert. Er berichtete nur von

30- bis 35-jährigen Männern als Täter. Deren ausländischer Hintergrund wurde eiskalt verschwiegen.

Beispiel 2: Als in Greifswald eine 24-Jährige brutal vergewaltigt wurde, schwieg die Presse, weil der Täter aus Eritrea kam. Obwohl er noch frei herumlief, trauten sich weder die Polizei noch die Medien, entsprechende Angaben zur Nationalität des Mannes zu machen. Erst eine Anfrage der NPD enthüllte die wahren Hintergründe.

Beispiel 3: Als 2014 in einem Neubrandenburger Asylantenheim ein Feuer ausbrach, waren schlagartig die Titelseiten gefüllt. Wochenlang überschlugen sich SUPERillu, Hamburger Abendblatt oder Focus mit immer neuen, erschütternden Details zum Vorfall. Zu gern hätte man den Lesern einen Deutschen als Täter präsentiert. Als

sich später herausstellte, dass Asylanten das Feuer selbst gelegt und für den Sachschaden von 30.000 Euro verantwortlich waren, brach die deutschlandweite Berichterstattung jäh ab. Worin liegt nun der Unterschied? Warum berichtet der Focus nicht über das 24-jährige Vergewaltigungsoffer? Warum bringt das Nordmagazin keinen Beitrag über die ausgeraubte Rentnerin?

Ganz einfach: Weil sie Deutsche sind! Nur, wenn ein Ausländer am Boden liegt, lässt sich daraus politisches und mediales Kapital schlagen. Deutsche Opfer passen nicht ins Weltbild der antiweißen Rassisten. Würde auch nur annähernd objektiv berichtet werden, würde sich die von den Parteien und Medien frei erfundene und verbreitete Lüge der „Bereicherung durch Zuwanderung“ im Handumdrehen in Luft auflösen.



TTIP BESCHLOSSEN!

Am 8. Juli 2015 wurde im EU-Parlament eine Resolution zum umstrittenen Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) verabschiedet, in der sich eine große Mehrheit – vornehmlich der etablierten Parteien – „grundsätzlich“ für das geplante Vertragswerk aussprach. Die NPD-Fraktion verlangte bereits 2014 vom Land, im Bundesrat eine Initiative vorzulegen, „mit der die Bundesregierung ausgefordert wird, sich auf europäischer Ebene für die grundsätzliche Beendigung“ der Verhandlungen einzusetzen. Zudem sollte die Landesregierung ihre Strukturen auf europapolitischer Ebene für einen gleichgelagerten Vorstoß ausnutzen.

NPD-FRAKTION FORDERT WIEDEREINFÜHRUNG DER GRENZKONTROLLEN!

Bundespolicisten schlagen Alarm: Über 10.000 illegale Einreisen in wenigen Tagen!

Als im Zuge des G7-Gipfels vorübergehend wieder stationäre Grenzkontrollen durchgeführt wurden, offenbarte sich die gravierenden inner-europäischen Sicherheitsprobleme. **Erfahrene Bundespolizisten bestätigten das, wovon die nationale Opposition bereits seit Jahren gewarnt hat: Ohne wirksamen Schutz der Grenzen steht uns ein unkontrollierbarer Ansturm von Kriminellen bevor!**

Im Zeitraum von gerade einmal zwei Wochen wurden:

» 237 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und 151 Urkundenfälschungen festgestellt;

» 3.517 Personen vorläufig fest- und 77 Personen vorübergehend in Gewahrsam genommen;

» 135 Haftbefehle gegen gesuchte Straftäter vollstreckt;

» 10.555 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz (also illegale Einreisen) in Erfahrung gebracht und

» 1.056 Fahndungstreffer erzielt.

Die NPD traute sich als einzige Partei an dieses höchst brisante Thema und forderte im Landtag: „Grenzen dicht für Kriminelle – stationäre Grenzkontrollen wieder einführen!“

Im Verlauf der hitzigen Debatte im Plenarsaal wurde es sehr deutlich, dass sich nur eine einzige Partei dem Schutz von Hab und Gut, von Heimat und Vaterland verpflichtet fühlt. Für SPD, CDU, Grüne und Linke ist jegliche Diskussion über

Grenzkontrollen per se europafeindlich; sie sind in ihrer politischen Korrektheit gefangen.

Für die NPD hingegen stellen sichere Grenzen einen entscheidenden Beitrag für ein friedliches Zusammenleben sowie den kulturellen Fortbestand und die Identität der europäischen Völker dar.

Die gesamte Landtagsrede von Tino Müller ansehen:





10H-REGELUNG UMSETZTEN!

WIDERSTAND GEGEN ORTSNAHE WINDKRAFTANLAGEN WÄCHST



QR-Code
einscannen und die
Rede ansehen.

Viele Bürger in unserer Heimat fühlen sich von der Dichte der Windkraftanlagen bedrängt und befürchten, dass sich die Politiker nicht im Klaren darüber sind, welche Folgen die Windenergie-Politik für die Natur und insbesondere für die Ästhetik unserer Landschaft hat.

Viele Bürger wehren sich, wenn man ihnen gigantische Windradanlagen direkt vor ihre Haustür setzt. Daher stehen die Gemeindevertretungen häufig, wenn es um die Errichtung von „Windparks“ geht, einer großen Ablehnungsfront gegenüber.

6,5 Prozent des gesamten Stroms, der in Deutschland verbraucht wird, soll künftig aus Mecklenburg-Vorpommern kommen und Mecklenburg-Vorpommern so zum Stromexportland werden.

Und um diese fragwürdige Ziel zu erreichen, scheint SPD,

CDU, Linke und Grüne jedes Mittel recht zu sein. Doch, kann der Ausbau von erneuerbaren Energien einzig über ein exzessives Höhen- und Flächenwachstum von Windkraftanlagen erreicht werden? Weder die Kontinuität der Stromlieferung durch Wind, noch die derzeit zur Verfügung stehenden Speicherkapazitäten genügen, um einen wirklichen Beitrag zur Energiewende leisten zu können.

Bis zu 80.000 Megawatt an elektrischer Leistung benötigt unsere noch moderne Industrialisation an Werktagen im Winter. Zusammengerechnet können Sonne und Wind jedoch manchmal nur wenige hundert Megawatt liefern. Im Winter muß deshalb die gesamte erforderliche Leistung durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden. Aus diesem Grunde muss die deutsche Energiepolitik auf Ausgewogenheit, Zukunftsfähigkeit und Vernunft ausgerichtet werden.

Im Namen der NPD-Fraktion forderte Stefan Köster den Landtag auf, endlich zum Wohle der Bürger zu handeln. Wichtig seien, so Köster, vor allem folgende drei Punkte:

» 1. Die Politik hat bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten die betroffenen Gemeinden und deren Bürger bei der Entscheidungsfindung mit einzubinden. Maßgebend muß letztlich das Votum der Bürger sein!

» 2. Die Politik hat im Hinblick auf den Ausbau der Windkraftanlagen in Mecklenburg-Vorpommern die „10H-Regelung“ als Mindestabstand umzusetzen!

» 3. Die Politik hat sicherzustellen, dass die Dichte von Windkraftanlagen in einem erträglichen Verhältnis zur Landschaft steht!

Die genannte „10H-Regelung“ gibt einen größeren Abstand zwischen Windkraftrad und Wohnhäusern vor. Konkret bezeichnet es die zehnfache Höhe des Windkraftrades, die als Abstand zur Wohnbebauung mindestens einzuhalten ist.

Wir von der NPD-Fraktion halten diesen Mindestabstand für verhältnismäßig und geboten, schließlich mindert der Abstand die Gefahr vor befürchteten und/ oder tatsächlichen Einschränkungen in der Wohn- und Lebensqualität. Ein Übermaß an Windenergie würde das Landschaftsbild in unserer Heimat zudem zerstören und die Lebensqualität mindern.

Für die NPD-Fraktion hat zuallererst der Mensch im Mittelpunkt der politischen Handlungen zu stehen.

BÜRGERTELEFON 0385-5251305



INFO-GUTSCHEIN

**NPD-Landtagsfraktion
Mecklenburg-Vorpommern**
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

0385 - 5251322

info@npd-fraktion-mv.de

0385 - 5251321

[www.facebook.com/
NPDFraktionMuP](http://www.facebook.com/NPDFraktionMuP)

www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post